

Bewundernswerte Bilanz

Eine Würdigung des Grundgesetzes von 1949

Alfred Grosser*

» Am 1. September begann im Zoologischen Forschungsmuseum Alexander König in Bonn die Arbeit des Parlamentarischen Rates, der 1949 zur Verabschiedung des Grundgesetzes und zum Zusammenschluss der westlichen Besatzungszonen zu einem Staat führte.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse sagte in Berlin bei der Eröffnung des Plenarbereiches des Reichstagsgebäudes am 19. April 1999: *„Auch nach diesem Umzug wird die Bundesrepublik der föderale, rechtsstaatliche und soziale Bundesstaat sein, der sich in Bonn über Jahrzehnte bewährt hat.“*

Man spricht ständig von der Weimarer Demokratie, von der Weimarer Kultur, obwohl die Institutionen der in Weimar verabschiedeten Verfassung nie in Weimar eingerichtet worden waren, obwohl Berlin damals die unbestrittene Hauptstadt der Republik war. Die Bonner Demokratie ist heute in Berlin angesiedelt, und sei es nur, weil die Wiedervereinigung gemäß Art. 23 Grundgesetz (*„zur Verwirklichung eines vereinten Europas“*) und nicht gemäß Art. 146 (*„über die Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“*) stattgefunden hat. Ein weiterer Vergleich mit Weimar sollte eigentlich verblüffen. Die damalige verfassungsgebende Versammlung von 1919 hat ohne jede Einmischung von außen gearbeitet, während die Besatzungsmächte 1948/49 kräftig mitgemischt haben. Der Parlamentarische Rat hat das Glück gehabt, nicht 1945 eingesetzt worden zu sein. Die Ruinen waren einigermaßen weggeräumt, die Währungsreform vollbracht, das Lebensniveau kräftig steigend. Anstatt den Versailler Vertrag als drückende, als erdrückende Begleiterscheinung der Verfassung erleben zu müssen, durften die Verfassungsväter den berechtigten Eindruck haben, dass

die Westmächte, dank Stalin, Deutschland wieder brauchten.

Dabei bleibt es doch erstaunlich, wie schnell vergessen wurde, dass vor dem Grundgesetz die Westmächte ein Besatzungsstatut verabschiedet hatten, das dem neuen Staatsgebilde kaum Befugnisse zugestanden hat, noch nicht einmal das Recht, eine Außenpolitik mit diplomatischen Vertretern zu haben. Nach März 1951 verliefen die Dinge so: Bundeskanzler Adenauer wurde sein eigener Außenminister. Als solcher konnte er seinen guten Kollegen aus Washington, London und Paris sagen, sie sollten den drei Hochkommissaren befehlen, den ihnen untergeordneten Kanzler in Ruhe zu lassen. So geschah es, und der Kanzler hatte Ruhe vor den Besatzungsmächten.

Begrenzt in ihrer Souveränität blieb dann die Bundesrepublik auch noch nach dem Pariser Vertrag vom Oktober 1954, vor allem weil die drei Besatzungsmächte die Allmacht über Berlin und die „Deutschlandfrage“ behielten. Und heute beginnt man sogar auf der Linken endlich einzusehen, dass die Notstandsgesetze von 1968 dazu bestimmt waren, die Bundesrepublik von der in dem Text von 1954 ausgesprochenen Drohung zu befreien, dass bei einer Krise die Westmächte eingreifen würden, außer, wenn eine entsprechende Gesetzgebung in Bonn verabschiedet würde. Erst der Zwei-plus-Vier-Vertrag gab dem vereinigten Deutschland die Teile der Souveränität zurück,

* Prof. Alfred Grosser hielt am 6. September 2008 im Bonner Museum König die vorliegende Festrede aus Anlass des 60. Jahrestages der Konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates.

die nicht bereits auf die Europäische Gemeinschaft übertragen worden waren. Wenn es damals die Einstimmigkeitsklausel wie in der Europäischen Union gegeben hätte, dann wäre Bayern das zerstörende Irland des Grundgesetzes gewesen. Aber was waren die Länder? Kaum eine Schöpfung der Geschichte. Die USA brauchten einen Hafen in der britischen Zone, also gab es ein Land Bremen. Frankreich wollte unbedingt eine Besatzungszone, also nahm man im Norden ein Stück von der britischen Zone, im Süden ein Stück von der amerikanischen Zone, pferchte beides zusammen und nannte es Rheinland-Pfalz. Allerdings haben Jahrzehnte der gemeinsamen Institutionen, der besonderen Landesparteien, des gemeinsamen Schulwesens ein Zugehörigkeitsgefühl, das heißt eine echte Identität geschaffen, die dem schönen, in der Europäischen Union zu sehr vernachlässigten Wort von Jean Monnet entspricht: *„Nichts entsteht ohne schaffende Menschen, nichts hat Dauer ohne die Institutionen.“*

Der Bund wäre stärker ohne die 1948 noch starke französische Angst vor einer neuen deutschen Macht. Seit einem halben Jahrhundert klagt so ziemlich jede französische Regierung darüber, auf Schul-, Sprach- und Kulturgebiet keinen mit Autorität versehenen Gesprächspartner zu haben, sondern nur einen koordinierenden Ministerpräsidenten. Dazu sage und schreibe ich in Frankreich ständig: Das haben wir doch so gewollt!

Seitdem der Parlamentarische Rat seine Arbeit abgeschlossen hat, haben sich die Grundlagen der Bundesrepublik zweimal verändert. Einmal plötzlich und unübersehbar: Wer hätte die Wiedervereinigung noch wenige Monate vor dem Sturz der Mauer voraussehen können? Einmal schrittweise und in den Konsequenzen leider nicht genügend wahrgenommen: Die Bundesrepublik ist Teil einer Europäischen Union, die noch weniger als konföderal ist, weil die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik fehlt, aber in ihren Befugnissen auf manchen Gebieten schon föderaler ist als zum Beispiel Amerika oder die Schweiz. Ich werde oft gefragt: Warum die Freude des kritischwohlmeinenden Begleiters von außen? Weil jetzt das große Ziel der ersten deutsch-französischen Bestrebungen der Nachkriegszeit erreicht war: Alle Deutschen durften nun in Freiheit und Demo-

kratie leben. Alle, die – und das sind fast alle Deutschen – auf die Beamtenschaft schimpfen und über Bürokratie klagen, sollten sich der immensen Arbeit bewusst sein, die in so kurzer Zeit von allen Ministerien geleistet wurde, um ein so dickes, beinahe allumfassendes Dokument mit seinen vielen Zusatzprotokollen unterschriftsreif zu gestalten.

In Europa eingebunden

Europa war gewiss schon am Anfang da. Das deutsche Volk war, laut Präambel, *„von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa den Frieden der Welt zu dienen“*. Das Wort „gleichberechtigt“ sollten alle Deutschen bedenken, die über die Europäische Gemeinschaft nörgeln. Adenauers europäisches Ziel war zunächst ein deutsches. Als die supranationale Montanunion entstand, stieg Frankreich hinunter von der vollen zur geteilten Souveränität, während die Bundesrepublik zu dieser emporsteigen durfte aus ihrer Schrumpfsouveränität. Es wurde dann, auch in Paris, in Moskau und von vielen Deutschen, allzu oft übersehen, dass diese Bundesrepublik nicht an Europa angebunden, sondern in Europa eingebunden ist – was sie heute mehr ist denn je, auch ohne den neuen Vertrag.

Die Bundesrepublik darf auf schöne, demokratisch-freiheitliche Jahrzehnte zurückblicken. Aber die wichtigste Konsequenz der Wende, das heißt der deutschen Wiedervereinigung und des Zusammenbruchs der Sowjetunion, ist weder in Deutschland noch in Frankreich voll verstanden worden. Es gibt keinen bösen Feind mehr, der einen berechtigt, ständig zu sagen: *„Gewiss, bei uns ... aber wie viel schlechter ist es dort auf der anderen Seite!“*

60 Jahre nach dem Zusammentritt des Parlamentarischen Rates ist die Bilanz der Bonner, nun Berliner Demokratie bewunderungswürdig, auch und besonders im Vergleich zu Frankreich. Aber dabei sind noch keineswegs alle Werte verwirklicht, auf die sie sich beruft. Mögen doch, auch in Zeiten der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Krise, weitere Fortschritte gezeitigt werden!